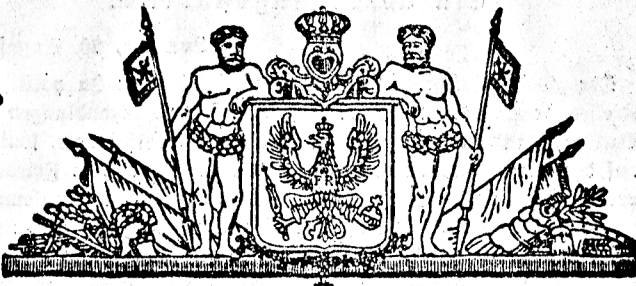


Wossische



Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660

Steuerdemagogie.

Der Geist der Richterfüllung.

Die Steuerentwürfe, die heute in den Morgenblättern der Öffentlichkeit übergeben wurden, konnten nach den vorausgegangenen Mitteilungen keine Ueberraschung mehr bringen. Die großen Linien waren bereits vorher bekannt und haben Anlaß zu mehr oder weniger sachlichen Auseinandersetzungen gegeben. Der Wortlaut der Vorlagen, die, wie mitgeteilt, 158 Foliosseiten umfassen, wird Anlaß geben, sich mit den Einzelheiten zu befassen. Dabei wird jeder verantwortliche Politiker von der Tatsache ausgehen müssen, daß es sich bei der Aufbringung ungeheurer Mittel nicht um das „Ob“ handeln kann, sondern nur um das „Wie“. Eine Kritik, die an dieser Tatsache vorbeigeht, mag auf ununterrichtete Kreise anziehend wirken, aber ein solcher Erfolg wird erkaufte durch die Preisgabe lebenswichtiger nationaler Interessen.

Die Reden, die der deutschnationale Edle v. Braun in letzter Zeit gehalten hat, haben bereits gezeigt, daß die Opposition der Rechten den Steuerkampf mit allen Mitteln zu führen entschlossen ist, unbekümmert um die Frage, was sie selbst für den Fall, daß es ihr gelänge, die jetzige Regierung zu stürzen, an die Stelle zu setzen hätte. Derselbe Geist waltet auch in einem programmatischen Artikel der „Kreuzzeitung“, der namens der „Konservativen“ spricht, offenbar aber damit die Deutschnationale Partei meint, die ja freilich immer mehr unter konservativer Führung gerät. Der Artikel erklärt, die neuen Steuervorlagen, die unter dem Diktat der Entente stehen, müßten von denen verantwortet werden, die das Ultimatum unterschrieben haben.

„Wir“, so heißt es wörtlich weiter, „fühlen uns nicht verpflichtet, bei der Einlösung der eingegangenen Verpflichtung behilflich zu sein. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, alle Kräfte und allen Einfluß anzuspannen, um nach Möglichkeit das deutsche Volk und seine Wirtschaft vor seinen Hauptfeinden, vor der Entente und vor der Sozialdemokratie zu schützen.“

Bei den Vereinbarungen, die mit der Entente eingegangen worden sind, handelt es sich um eine internationale Verpflichtung, für die das ganze deutsche Volk haftet. Jede deutsche Regierung, mag sie aussehen, wie sie will, ist an diese Verpflichtungen moralisch und juristisch gebunden. Eine Abänderung der Verpflichtungen kann nur im Einvernehmen mit den Vertragsgegnern erfolgen und die Voraussetzung dafür ist der Nachweis der Unerfüllbarkeit und Unzumutbarkeit der Vereinbarungen, sei es im einzelnen, sei es im ganzen. Daß die Ablehnung des Ultimatus Deutschland nicht von den Zahlungsverpflichtungen befreit, gleichgültig aber das Ruhrgebiet und Oberschlesien der deutschen Wirtschaft entzogen hätte, ist eine Tatsache, die der „Kreuzzeitung“ bekannt sein muß. Ihr Ratsschlag, die Erfüllung der Verpflichtungen an andere zu überlassen, kann sachlich überhaupt nicht begründet werden. Er ist offenbar lediglich eine Ausflucht, um das Eingeständnis zu vermeiden, daß die deutschnationale Partei den kurzfristigen Egoismus der Steuerpflichtigen parteilageratorisch auszunutzen versucht.

Man muß das vom nationalen Standpunkt aus um so mehr bedauern, als ohnedies die Gefahr besteht, daß der Kampf gegen den Ruin der Staats- und Volkswirtschaft, an dem alle Kreise der Bevölkerung in gleichem Maße interessiert sind, zu einem Kampf aller gegen alle entartet. Die schlechten Beispiele der Rechten finden leider würdige Pendanten auf der Linken. J. E.

Das Verfahren im Völkerbundrat.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 20. August.

Wie „Petit Parisien“ mitteilt, war bis gestern spät abends noch keine Antwort des spanischen Botschafters Quinones de Leon auf die Aufforderung des Grafen Ichi, als Berichterstatter für die obereschlesische Frage zu fungieren, eingelaufen, doch sei angenommen, daß die Antwort bejahend lauten wird. Dem Schritt des Grafen Ichi waren zahlreiche Besprechungen zwischen ihm und den in Paris weilenden Mitgliedern des Völkerbundrates, Bourgeois, Quinones de Leon und Da Cunha vorausgegangen. Wie das genannte Blatt ausführt, handelt es sich bei den von Quinones de Leon zu erstattenden Bericht mehr um eine Art Vorbericht. Erst in seiner Sitzung vom 20. August wird der Völkerbundrat seinen endgültigen Berichterstatter bestellen. Es könne aber als nahezu gewiß angesehen werden, daß der Rat die Wahl seines Präsidenten bestätigen werde. Quinones de Leon hat sich nach Madrid begeben, um sich vor Uebernahme seines Amtes mit der Regierung in Verbindung zu setzen.

Wie „Petit Parisien“ weiter mitteilt, hat Graf Ichi gestern dem Ministerpräsidenten Briand den Brief bestätigt, durch welchen er von dem Beschluß des Obersten Rates, die obereschlesische Frage dem Völkerbund zu übertragen, in Kenntnis gesetzt worden war. Obwohl die Antwort des Grafen Ichi noch nicht veröffentlicht

worden ist, glaubt das genannte Blatt doch zu wissen, daß der Vorsitzende des Völkerbundrates in seiner Antwort die Aufgabe des Rates dahin umschreibt, eine die Grenzführung betreffende Linie zu empfehlen, die einstimmig gefaßt werden müsse. Es wird weiter hinzugefügt, daß der Völkerbundrat absoluter Herr des einzuschlagenden Verfahrens sei.

Der Genfer Korrespondent des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einer maßgebenden Persönlichkeit des Völkerbund-

rates, welche ihm über das Vorgehen des Völkerbundes in der obereschlesischen Frage folgendes mitteilte: „Nach Erledigung der Kompetenzfrage, die sicherlich im bejahenden Sinne beantwortet werden wird, soll die bisher erfolgte Dokumentierung geprüft werden. Deutsche und polnische Vertreter würden angehört werden, und wenn man nicht zu einer einstimmigen Entscheidung gelangt, wird die Angelegenheit der Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden.“

Doppelte Buchführung der Diplomatie?

Bayerische Dokumente.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

München, 20. August.

Der Direktor des Münchener städtischen Archivs Dr. Dirr, Vorsitzender der deutschdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtages, hat vor einiger Zeit dem vom bayerischen Landtag eingesetzten „Auschuß für die Prüfung bayerischer Dokumente über den Weltkrieg und die deutsche Außenpolitik“ Bericht erstattet, doch konnte dieser Bericht und die ihm beigelegten Urkunden bisher nicht veröffentlicht werden. Kürzlich hatte nun das inzwischen verbotene Parteiblatt der U. S. P., die „Münchener Morgenpost“ behauptet, daß im diplomatischen Schriftverkehr in Deutschland eine Art von doppelter Buchführung üblich gewesen sei, nämlich neben dem allgemeinen Schriftverkehr an das zuständige Ministerium des Auswärtigen eine besondere geheime Berichterstattung nur für den verantwortlichen Minister selbst, und daß gewisse Widersprüche in dem bekannten Bericht des Herrn v. Schoen an das Münchener Außenministerium aus Unkenntnis dieser Gepflogenheit herrühre. Daher komme es, daß in diesem Bericht an einer Stelle die Rede sei von der „Lokalisierung des serbisch-österreichischen Konfliktes“ und an einer anderen Stelle von einer „Unterstützung jedes österreichischen Vorgehens selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin“. Die „Lokalisierung“ des Konfliktes sei eine für die Öffentlichkeit bestimmte Lüge gewesen und der ins Auge gefaßte europäische Krieg die für Herrn v. Hertling bestimmte private Information des preußisch-deutschen Generalstabes.

Abg. Dirr hält Eile für geboten, wenn nicht das Ausland aus diesen Behauptungen des U. S. P.-Blattes nachteilige Schlüsse für Deutschland ziehen solle, und gibt deshalb auf Ersuchen der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in deren Samstagabend-Nummer eine Darstellung, wobei er zahlreiche, bisher nicht veröffentlichte Urkunden beibringt.

Dr. Dirr erklärt: Gewiß hätten auch die bayerischen Gesandten neben ihren gewöhnlichen amtlichen Berichten zuweilen in besonderen Briefen oder Berichten an den Ministerpräsidenten oder eine andere politische Persönlichkeit von Rang Informationen übermittelt. Dieser Brauch, der sich bei den Gesandtschaften aller Staaten finde, werde aber willkürlich mißdeutet, wenn man die Dinge so hinstelle, als ob bei uns nur diese „private Berichterstattung“ allein befugt gewesen wäre, die Wahrheit zu sagen, während die gewöhnlichen Gesandtenberichte dazu eingerichtet gewesen seien, gegebenenfalls die Öffentlichkeit mit Lügen zu täuschen.

Als Berichterstatter des Landtagsausschusses, der die „privaten“ Berichte einsehen konnte, kann ich“, so erklärt Dirr, „mit gutem Gewissen sagen: ihr Inhalt vermag an dem Gesamtbild, das durch die amtlichen deutschen Aktienpublikationen und durch die seitdem zahlreich veröffentlichten ausländischen Dokumente bekannt geworden ist, nichts Wesentliches oder Entscheidendes zu ändern. Dieses Bild ist aber so beschaffen, daß die Feindesküge von der alleinigen oder auch nur überwiegenden Schuld Deutschlands vor keinem gerechten Urteil mehr bestehen kann.“

Es bleibt auch vergebliche Liebesmühe, die Kürzungen des Schoenschen Berichts als nebensächlich oder gar als belanglos hinstellen zu wollen. Die weggelassenen Stellen waren und sind von so wesentlicher Bedeutung, daß in der Schoenschen Veröffentlichung zum mindesten ein Hinweis auf ihren Inhalt gebracht werden mußte, wenn man die schon an sich gebotene wörtliche Wiedergabe unterließ. Da auch ein solcher Hinweis unterblieben ist, ist Zweck und Inhalt des Berichtes verhängnisvoll entstellt worden. Die Entente-Kommission, die in Versailles den über Deutschland verhängten Schuldspruch historisch begründen und rechtfertigen sollte, hätte den Schoenschen Bericht, wenn er wörtlich vorgelegen hätte, nicht in der Weise für ihr größtes Machwerk ausbeuten können, wie sie es tat.“

Ueber die Vorgesichte und den Zweck der Veröffentlichung des Gesandtschaftsberichtes des Herrn v. Schoen durch den Ministerpräsidenten Kurt Eisner gibt ein Schreiben des damaligen Ge-

sandten der bayerischen Revolutionsregierung in Berlin Dr. Mucke an den Ministerpräsidenten Eisner vom 18. Dezember 1919 Aufschluß. Danach hatte Mucke am 18. November abends eine längere Unterredung mit Maximilian Harden. Er befand sich „in einer verzweifelten Stimmung“ und gewann erst durch Mucke wieder einen „Lichtblick“. Beide stimmten darin überein, daß die herrschenden Berliner Regierungsmänner „unfähig seien, die großen Aufgaben zu lösen, die in diesem Augenblick das niedergeworfene, von Kräften des Aufruhrs durchzudröht Deutschland bedrängen“.

„Harden bekräftigt“, so schreibt Mucke, „mein Urteil: Es handelt sich um Klein- und Spießbürger, oder doch um Menschen ohne Leidenschaft und Schwung, denen die Revolution kein heiliges Erbe ist, das es zu mehren gilt, sondern als irgendeinen politischen Vorgang, den man hinnimmt, wie einen Punkt in der Tagesordnung einer Parlamentsitzung. Während in Bayern ein Draht zum Hohen die Massen belebt und ein feierlicher Ernst das gewaltige Ereignis weicht, herrscht in Berlin Verdröhenheit, eine bange Schwüle. Man hat den Eindruck, als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner kalt ließe.“

Ebert mag ein aufrechter, pflichteifer Mensch sein; jeder weite Blick, jede Selbstständigkeit in der Beurteilung der Lage, der politische Instinkt, der das erst werdende wittert, geht ihm ab. Erzberger, den ich gestern sprach, hat man richtig als den süddeutschen Scheidemann bezeichnet. Auch ich habe den Eindruck gewonnen, daß er bei allem Fleiß seiner Aufgabe nicht von ferne gewachsen ist. Er ist ein Kleinbürger ohne tiefere Bildung, ein Emporkömmling, dessen wichtigste Sorge war, zu fragen, ob ich mich mit Erzberger anreden lasse.“

Dabei war nach der Meinung Hardens und Muckes „die Reaktion im Anzuge“ und auf der anderen Seite „die Gefährdung durch Liebknecht groß“. Beide gaben Liebknecht recht, wenn er die Revolution „eine Halbheit“ nannte. Mein: „Wenn Liebknecht die Diktatur des Proletariats streift und den Terror heilig spricht, so birgt eine solche Agitation ungeheure Gefahren. Sollte es Liebknecht gelingen, mit seinem Geist größere Arbeitermassen zu entflammen — denn mit dieser Möglichkeit muß gerechnet werden —, so ist nicht nur nicht an einen Friedensschluß zu denken, sondern es muß selbst damit gerechnet werden, daß die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft.“ In diese überaus wichtige Lage könnte, nach Anschauung der beiden, das Heil nur noch aus Süddeutschland kommen. Die Süddeutschen „bilden einen festen Mittelpunkt in dem Wirbel, der uns hier umbrandet“, und sie verfügen über Machtmittel, die eine Klärung und Festigung herbeiführen können.

„Um die sinkende Flamme des revolutionären Ganzen zu beleben, müssen wir verlangen (das ist auch Hardens Meinung):

- a) Sofortige Veröffentlichung der Geheimnisse, Verhaftung der Schuldigen, Einführung eines Staatsgerichtshofes, damit würde man Liebknecht zu einem guten Teil das Wasser abgraben.
- b) Es soll versucht werden, die Regierung sofort von den unfähigen Elementen zu säubern. Eine Regierung (des Reiches) muß gebildet werden, die aus überzeugten, starken, hochgebildeten Männern sich zusammensetzt, die auch vor den Augen der Feinde bestehen können, und es ist sehr zu erwägen, ob nicht Liebknecht aufzunehmen wäre, um ihn, der gefährlich ist wie ein Sprengstoff, zu verjähren.“

Sollte die Reichsregierung solchen ernstlichen Vorstellungen kein Gehör schenken, so müßte man, meint der Berichterstatter, „den Abfall des Südens wenigstens androhen“. Ich glaube, daß Harden als Delegierter auf der Friedenskonferenz schon seines Ansehens wegen, das er bei der Entente genießt, Großes leisten könnte. Wie stelle sich die bayerische Regierung zu einer Entsendung Hardens?

Die Veröffentlichung Eisners wurde übrigens offenbar ganz besonders noch herausgefordert durch Ratschläge, die von dem bekannten Amerikaner Ferron einkamen, der sich, wie erinnerlich, für hinreichend akkreditiert bei Wilson ausgab, um zugunsten des Friedens für Deutschland bei ihm wirken zu können, und von dem bayerischen Vertreter in der Schweiz Professor Foerster,